

Goldküsten-Gewerbler legen mit Brief an den Regierungsrat nach

Spurabbau auf Bellerivestrasse Der Verkehrsversuch auf der Bellerivestrasse erfährt weiterhin Gegenwind.

Dieser Versuch erhitzt die Gemüter an der Goldküste: Der Zürcher Stadtrat will im Rahmen eines Verkehrsexperiments auf der Bellerivestrasse zwei Spuren aufheben. Damit hätte die wichtige Verkehrsachse vom rechten Zürichseeufer in die Stadt Zürich noch halb so viele Spuren wie bisher. Bürgerliche Politiker und das Gewerbe laufen Sturm, ein Komitee hat im Rahmen einer Petition Unterschriften gegen diesen Versuch gesammelt.

Betriebe zahlen «tote» Zeit

Auch der Regierungsrat musste sich bereits mit dem Spurabbau befassen. In einer Anfrage ersuchten Nina Fehr-Düsel und Domenik Ledergerber (beide SVP) die Regierung, Einfluss auf den Stadtrat zu nehmen, damit der Versuch nicht durchgeführt werde. Mit derselben Forderung wendet sich nun auch der Gewerbeverband des Bezirks Meilen in einem offenen Brief an den Regierungsrat.

Die Gewerbler monieren in ihrem Schreiben, schon heute



Stehende Autos auf der Bellerivestrasse sind für das Gewerbe im Bezirk Meilen ein teures Ärgernis. Foto: Urs Jaudas

gebe es auf dem betroffenen Strassenabschnitt fast den ganzen Tag lange Kolonnen. Würde der Verkehrsversuch umgesetzt, wären die Folgen massive Rückstaus bis nach Zollikon.

Der Verkehr würde aber auch auf anderen Einfallssachsen stillstehen, namentlich auf der Forchstrasse und der Zollikerstrasse. Dies wegen Fahrzeugen, die einen Umweg suchten.

Genau diese Staus seien für die Betriebe ein teures Problem, erklärt Marianne Zambotti, die Präsidentin des Gewerbeverbands des Bezirks Meilen. Viele Handwerker würden am Morgen

extra eine halbe Stunde früher abfahren, damit sie trotz Stau rechtzeitig bei ihrem Termin seien. «Das ist Zeit, die der Betrieb nicht den Kunden verrechnen kann, sondern selbst bezahlen muss.»

Dies geschehe täglich. Wie viele Kosten das verursache, könne sie nicht genau beziffern, sagt Zambotti. Aber es kämen im Jahr bestimmt mehrere Wochen an sogenannter toter Zeit zusammen. Gerade für kleinere Betriebe könnten diese Kostenfaktoren entscheidend sein. Darum bittet das Gewerbe den Kanton um Unterstützung. Denn aufgrund seiner Verfassung sei dieser verpflichtet, darauf zu achten, dass auf Hauptverkehrsachsen kein weiterer Kapazitätsabbau erfolge.

Zudem soll oben erwähnte Petition ebenfalls helfen, den Verkehrsversuch zu verhindern. Wie Marianne Zambotti sagt, hat diese in rund drei Monaten bereits über 10'000 Unterschriften generiert.

Luzia Nyffeler